

Klaus Dörre, Christine Schickert
(Hrsg.)

Neosozialismus

Solidarität, Demokratie und Ökologie
vs. Kapitalismus

»Es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat«

Perspektiven im Interregnum

Hans-Jürgen Urban

»Es wurde ein Fehler gemacht, wie die Gesellschaft geschaffen worden, und wir machen ihn, indem wir uns in dem Zustand erhalten, es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat, wir werden es nicht aus den Strukturen herauswählen, wir werden drum die Verhältnisse nicht zerbrechen.«

Volker Braun (2000)

Seit geraumer Zeit wächst das Interesse an Alternativen zum Kapitalismus, und dies nicht nur in den traditionellen Milieus der sozialistischen Linken (etwa Magdoff & Magdoff 2005). Auch in Kreisen eines wissenschaftlich informierten Journalismus (Mason 2016), der zeitgenössischen Kritischen Theorie (Honneth 2015) oder in einer politökonomisch orientierten öffentlichen Soziologie (Dörre 2019) werden Begriffe wie »Postkapitalismus« oder »Neosozialismus« verhandelt. Auffällig ist: Nicht teleologische Geschichtsphilosophien oder radikal-humanistische Ethiken, sondern die Krisenphänomene und Nachhaltigkeitsdefizite des Gegenwartskapitalismus sorgen offensichtlich für einen Bedarf an postkapitalistischen Visionen.

Die erdrückende Evidenz der Nichtnachhaltigkeit

Und diese Defizite sind evident. Dabei wirken weniger die üblichen Gebrechen des Kapitalismus wie Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und unkontrollierte Macht der ökonomischen Eliten stimmungsprägend. Ins öffentliche Bewusstsein drängt die Erkenntnis, dass das kapitalistische

Perspektiven im Interregnum

Entwicklungsmodell insgesamt ins Stottern geraten ist. Nachdem der Neoliberalismus das historische Erfolgsmodell des nationalen Wohlfahrtsstaatskapitalismus weitgehend zerstört hat, tritt die »Janusgestalt der Wohlstandsmehrung« (Lutz 1989, S. 61) im Gegenwartskapitalismus immer offener zutage. Zunehmend scheinen Wertschöpfungszuwächse nicht auf allgemeine Wohlstandsgewinne, sondern auf soziale Spaltung der Gesellschaft und irreparable Ökologieschäden hinauszulaufen (Dörre & Becker 2018). Wachstum, einst Medium sozialer Integration und politischer Konfliktbewältigung, wird zunehmend prekär, ja destruktiv.

Die Entscheidungseliten wirken wie Goethes Zauberlehrling. Offensichtlich vermögen sie nicht, die Krisendynamiken in Griff zu bekommen, die sie mit ihrer Deregulierungs-, Privatisierungs- und Austeritätspolitik verstärken. Mitunter wird dem Kapitalismus gar sein absehbares Ende vorhergesagt (Streeck 2016). Eine allgemeine Verunsicherung greift um sich. Sie wirkt als Treiberin eines Rechtspopulismus, der sich auch in Deutschland längst zu einer sozialen Bewegung formiert hat (Manow 2018; Urban 2018b). Als Perspektive liefert er die Rückkehr in eine allerdings nationalistisch und rassistisch deformierte Sozialstaatsgesellschaft. Durchaus mit Zustimmung in der Gesellschaft präsentiert sich der Populismus als Motor einer »großen Regression« (Geiselberger 2017), die sicher geglaubte Fortschritte in Sachen Demokratie und Menschenrechte infrage stellt. Auch in eher demokratisch-zivilgesellschaftlichen Sektoren bleibt das Versagen des Gegenwartskapitalismus nicht unthematisiert. Immer wieder ruft es Empörung hervor; immer wieder entstehen zivilgesellschaftliche Protestbewegungen (Bündnis #unteilbar 2018) und regt sich Widerspruch in der kritischen Wissenschaft (Dörre, Lessenich & Rosa 2015).

Doch die Proteste blieben bisher ohne nachhaltige Wirkung. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Einiges spricht allerdings dafür, dass eine »Entkoppelung der Entrüstung von jeglicher Zukunftsorientierung, des Protests von allen Visionen eines Besseren« einen entscheidenden Anteil daran hat. Auf jeden Fall scheint der

»massenhaften Empörung jeder normative Richtungssinn, jedes geschichtliche Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik zu fehlen, so

dass sie eigentümlich stumm und nach innen gekehrt bleibt; es ist, als mangelte es dem grassierenden Unbehagen an dem Vermögen, über das Bestehende hinaus zu denken und einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren.« (Honneth 2015, S. 15)

Aus dieser Defizitanalyse erwächst zunehmend das Bedürfnis, über neue Modelle der gesellschaftlichen Entwicklung nachzudenken. In diese Richtung weisen Versuche, die »Idee des Sozialismus« einer Aktualisierung zu unterziehen. Überraschend melden sich Stimmen, die

»nachzuweisen versuchen, dass im Sozialismus durchaus noch ein lebendiger Funke steckt, wenn seine leitende Idee nur entschieden genug aus seinem im frühen Industrialismus wurzelnden Denkgehäuse herausgeschält und in einen neuen gesellschaftstheoretischen Rahmen hineinversetzt wird.« (Honneth 2015, S. 11 f.)

Das gilt auch für das Plädoyer für eine als überfällig postulierte Debatte über einen »Neosozialismus«. Intention ist, den »Verlust des Utopischen« der Linken und damit »ihre größte Schwäche« zu überwinden und die Arbeit an einer Systemalternative zum kränkelnden Kapitalismus nicht der populistischen und Hardcore-Rechten zu überlassen (Dörre in diesem Band, S. 18). Und schließlich motiviert die Analyse eines nicht mehr funktionsfähigen Kapitalismus die Werbung für ein »postkapitalistisches Projekt«, das sich dezidiert von den historischen Varianten des Sozialismus distanziert und nach eigenem Selbstverständnis auf etwas grundsätzlich Neues zielt (Mason 2016).

Doppelte Sackgassenanalyse als historische Verpflichtung

Die Krisenphänomene des Kapitalismus lassen sich als Indikatoren eines gesellschaftlichen Übergangs fassen. Sie wirken wie »Krankheitserscheinungen« jenes von Antonio Gramsci beschriebenen »Interregnums«, in dem »das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann« (Gramsci 1991 ff., S. 354). In einer solchen historischen Konstellation, in

der es Aufgabe der Linken wäre, dem Neuen, dem Besseren zum Durchbruch zu verhelfen, wird eine elaborierte Kapitalismuskritik keineswegs entbehrlich. Aber auf sich alleine gestellt, stößt sie an Grenzen. Dies aus zwei Gründen: Zum einen hilft die Kritik am Bestehenden wenig bei der Stärkung des Neuen. Zum anderen hat sie wenig zur Abarbeitung einer historischen Bringschuld der Linken beizutragen. Und diese besteht in der (selbst-)kritischen Aufarbeitung der historisch gescheiterten Versuche, nicht kapitalistische und dezidiert sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle zu errichten und dauerhaft zu entwickeln. Bisher fällt die historische Bilanz der diversen Sozialismusversuche mehr als ernüchternd aus. Der demokratische Sozialismus, das einstige Erfolgsprojekt der europäischen Sozialdemokratie, fiel fast ohne Gegenwehr dem Neoliberalismus zum Opfer. Und normativ getriebene Ideen eines freiheitlich-kommunalen Sozialismus, wie sie etwa im Umkreis kommunitaristischer Vorstellungen entstanden, blieben bis heute von historischen Realisierungsversuchen weitgehend unbefleckt. Vor allem aber verblässen selbst die eklatanten Fehlentwicklungen im lateinamerikanischen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« vor dem Desaster, mit dem das historische Großexperiment des bürokratischen Staatssozialismus von der historischen Bühne abtrat.

Was gegenwärtig ansteht, ist nicht weniger als eine analytische Durchdringung und normative Bewältigung der Altlasten gescheiterter nicht kapitalistischer Modellversuche. Natürlich bleibt es Aufgabe einer progressiven Linken, die enormen Folgekosten der kapitalistischen »Leistungen« ins gesellschaftliche Bewusstsein zurückzuholen. Sie fallen in Form prekärer Arbeit, sozialer Spaltungen und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen an; oder sie werden externalisiert, verschwiegen oder zu »systemunabhängigen« Sachproblemen uminterpretiert. Doch die Aufarbeitung der gescheiterten Sozialismusversuche bleibt unverzichtbar. Dabei steht außer Frage, dass vorschnelle, womöglich von Hegemoniekämpfen überlagerte Deutungen in unzulänglichen Analysen enden müssen. Gleiches gilt für eine Vernachlässigung der imperialen Repressionen seitens des kapitalistischen Systemkonkurrenten. Doch wenn die Aufarbeitung historische Lernprozesse ermöglichen und fehlervermeidende Hinweise liefern soll, muss sie mit hinreichender wissenschaftli-

cher und politischer Emphase betrieben werden und darf die selbst zu verantwortenden Faktoren nicht aus dem Blick verlieren. Aus dieser Perspektive lassen sich zumindest drei endogene Ursachenkomplexe ausfindig machen, die in den gegenwärtigen Debatten nicht ignoriert werden sollten.

Erstens: Zweifelsohne litt die staatliche Planwirtschaft an einem signifikanten Mangel an ökonomischer Effizienz infolge eines erstarrten bürokratischen Zentralismus. Er erwies sich vor allem im Zeitalter mikroelektronischer Informationstechnologien als Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte (Hobsbawm 1994, S. 614 ff.). Bereits in den 1970er-Jahren häuften sich die »Symptome des deutlichen Rückschritts« (ebd., S. 585). In der Spätphase verdichteten sich Produktivitäts- und Effizienzprobleme zu Versorgungsengpässen, die in der Bevölkerung die Auffassung festigten, in einer dem Kapitalismus unterlegenen Mangelwirtschaft zu leben. Grundlegende Reformen, die eine glaubwürdige Verbesserungsperspektive eröffnet hätten, blieben aus. Hinzu kam die Hilflosigkeit der durch und durch fossilistischen Produktionsweise gegenüber den ökologischen Erfordernissen, die sich sukzessive auch in den staatssozialistischen Gesellschaften als Maßstäbe guten Lebens und Arbeitens Geltung verschafften.

Zweitens beschädigten Unterversorgungslagen auch in Dingen des täglichen Bedarfs immer wieder die durchaus existente Identifikation mit dem nicht kapitalistischen Entwicklungspfad. Dies beförderte in den staatssozialistischen Entscheidungseliten Versuche, mit administrativ-autoritären Strategien brüchig werdende Systemzustimmung zu ersetzen. Der stets virulente Autoritarismus in den Partei- und Staatskadern beförderte in dieser Phase nicht nur die Bürokratisierung des ökonomischen Planungsapparates. Er blockierte auch die Implementierung demokratischer Prozeduren, die Korrekturmechanismen und Elitewechsel nach Perioden historischer Fehlentscheidungen ermöglicht hätten.

Drittens mangelte es dem Staatssozialismus an einer hinreichend autonomen Zivilgesellschaft. Damit fehlte ein gesellschaftliches »Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert« (Habermas 1992, S. 443 f.). Der Verzicht auf diskursive Meinungsbildung in der Ge-

sellschaft und auf den grundrechtlichen Schutz öffentlicher und privater Räume, von denen konstruktive Impulse in wirtschaftliche und staatliche Entscheidungen hätten ausgehen können, erwies sich als Reform- und Innovationsblockade. Das Empfinden bürokratischer Willkür und missachteter Privatsphären untergruben zusätzlich die Systemloyalität.

Essentials eines real-utopischen Transformationsnarrativs

Eine ernüchternde und keineswegs vollständige Schadensbilanz. Wie könnten vor diesem Erfahrungshintergrund »Wege aus dem Kapitalismus« (Wright 2017) aufgezeigt werden? Die Analyse gescheiterter Versuche und gegenwärtiger Problemlagen deutet darauf hin, dass ein kategoriales Zieldreieck aus Effizienz, Demokratie und Naturverträglichkeit einen sinnvollen Orientierungsrahmen darstellen könnte. Doch gleichgültig, ob das Ziel als neue Variante des historischen Sozialismus oder als ein Modell sui generis gedacht wird, als abstrakte Utopie und als bloße Idee vom gänzlich Anderen bliebe das Vorhaben im Wortsinn unrealistisch. Unverzichtbar sind die Vermittlung mit den historisch-konkreten Ausgangs-, den interessen- und machtpolitischen Durchsetzungs- und den institutionellen Funktionsbedingungen und zugleich die Vermittlung mit realen Bewegungen und Tendenzen, die die historische Möglichkeit zur Aufhebung des Istzustandes in sich bergen – als Wille und als Fähigkeit.

Doch mit einem auftrumpfenden machtpolitischen Pragmatismus wäre es auch nicht getan. Ein Transformationsnarrativ mit Erfolgchancen kommt nicht ohne ein Mindestmaß an real-utopischem Überschuss aus.

»Reale Utopien sind Institutionen, Verhältnisse und Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die dabei aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in dieser Richtung voranbewegen.« (Wright 2017, S. 11)

Die Übersetzung dieser Ambition in Politik liefe auf ein Narrativ hinaus, das zumindest drei Komponenten zusammenführen müsste: ein Transformationsziel bzw. -konzept, eine Transformationsstrategie und ein Transformationssubjekt.

*Das Ziel: Wirtschaftsdemokratie
als Kern einer postkapitalistischen Ökonomie¹*

Will ein solches Narrativ an Diskurstraditionen des Sozialismus anknüpfen, könnte sich die Demokratiefrage als archimedisches Zentrum erweisen. Denn:

»Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, der sozialen Demokratie erweitert wird.« (Abendroth 2008 [1954], S. 416)

Absehbar ist, dass sich das ökonomische Feld als besonders feindliche Bastion gegenüber allen Demokratisierungsversuchen erweisen wird. Im Kontrast zur Bedeutung ökonomischer Faktoren für das Scheitern des Staatssozialismus fristen Überlegungen zur Ausgestaltung einer postkapitalistischen Ökonomie in gegenwärtigen linken Diskursen allerdings ein Schattendasein. In den poststrukturalistisch inspirierten Narrativen der identitäts- oder Anerkennungspolitiken stehen soziale und Ökonomiefragen generell eher am Rande. Und Teile der kapitalismuskritischen Degrowth-Debatte verheddern sich in neoromantischen Imaginationen von generellem Wachstumsverzicht und stationären Reproduktionskreisläufen. Doch eine historisch informierte Suchbewegung kann auf die Arbeit an postkapitalistischen respektive neosozialistischen Modellen nicht verzichten (Urban 2018a). Aus den Sackgassenanalysen des Kapitalismus wie des Staatssozialismus lassen sich prozessuale und institutionelle Lernhinweise extrahieren. Demnach besteht eine der zentralen Herausforderungen wohl darin, ökonomische Effizienz, materiale Naturverträglichkeit und demokratische Partizipation unter einen institutio-

¹ Dieser Abschnitt bezieht sich in Teilen auf Ausführungen in Urban 2018a.

nellen Hut zu bringen. Dazu muss die Ökonomie in ein Feld mit neuen Akteurskonstellationen, Spielregeln und Institutionen transformiert werden. In diesem werden die Wirtschaftssubjekte mit neuen Anreizstrukturen, Handlungsoptionen und Sanktionsregeln konfrontiert. Ziel wäre die Ermächtigung der Gesellschaft (und demokratisch legitimer Politik) gegenüber der Ökonomie. Diese Ermächtigung würde eine Vergesellschaftung der zentralen Produktions- und Distributionsentscheidungen implizieren und benötigt institutionell gesicherte Einflusskanäle, ohne die die Anbindung ökonomischer Wertschöpfung an die Bedarfe von Gesellschaft und Natur nicht gesichert werden kann.

Hier könnte es sich als zielführend erweisen, etwa gewerkschaftliche Forderungen nach Eingriffen in die kapitalistische Eigentumsordnung und nach der Errichtung von Wirtschafts- und Sozialbeiräten in Erinnerung zu rufen. Diese sollten als Institutionen einer Demokratisierung der Wirtschaft mit belastbaren Rechten und Kompetenzen ausgestattet werden und als Akteure einer regionalen Wirtschafts- und Strukturplanung agieren.² Überlegungen dieser Art können auch an gegenwärtige Debatten und Initiativen für eine neue Wirtschaftsdemokratie anknüpfen (Meine et al. 2011; Urban 2018a; Zwicky & Wermuth 2018). In ihnen wird zu Recht auch auf die konzeptionellen Entwürfe des 20. Jahrhunderts (Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali, Viktor Agartz) verwiesen. Doch der Rekurs auf die traditionellen Konzepte reicht nicht aus. Vieles muss mit Blick auf historische Erfahrungen und aktuelle Bedingungen des globalisierten Finanzmarktkapitalismus hinterfragt, korrigiert oder weiterentwickelt werden.

☞ Das gilt *erstens* für die Gewissheit, mit der das Endziel des Sozialismus als Fixpunkt wirtschaftsdemokratischer Reformen galt. Gleichgültig,

² So bestimmt etwa die gültige Satzung der IG Metall die »Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer(innen) im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten« sowie die »Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum« als Aufgaben und Ziele der Organisation (§2, Abs.4 Satzung der IG Metall). In der realen Politik der jüngeren Vergangenheit haben diese Forderungen jedoch kaum Wirkung entfaltet.

ob die Sozialismusperspektive offengehalten werden sollte oder nicht: Mit Blick auf die Chancen breiter Reformkoalitionen empfehlen sich eher die sukzessive Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und die Einhegung der finanzkapitalistischen Eliten als politökonomischer Minimalkonsens.

- ❖ Unverzichtbar ist *zweitens* die Erweiterung der traditionellen Kapitalismuskritik um die Kritik seiner fossilistischen Grundlagen. Das erfordert die Integration stofflich-energetischer Aspekte und ökologischer Konversionsstrategien in ein wirtschaftsdemokratisches Konzept. Gerade weil Probleme bei der Rohstoff- und Energieversorgung, die drohende Klimakatastrophe, der Verlust an Biodiversität und die Überforderung der natürlichen Senken durch Schadstoffe letztlich als Resultate immanenter Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zu begreifen sind, muss die Überwindung des fossilistischen Entwicklungsmodells einen prominenten Stellenwert in einer ökosozialen Transformation einnehmen.
- ❖ Blicben *drittens* die Staatsfrage und das Etatismusproblem der klassischen Wirtschaftsdemokratie. Die traditionellen Konzepte wurden stark aus der Perspektive des Nationalstaates gedacht. Spätestens seit der linken Kritik an einem sozialstaatlichen Paternalismus muss davon ausgegangen werden, dass auch der Sozialstaat durch seine Interventionsmedien Recht und Geld nicht immer soziale Sicherheit, Solidarität und individuelle Freiheit, sondern mitunter auch Bürokratie, Repression und ökonomisierte Sozialverhältnisse, schlicht die »Kolonialisierung der Lebenswelten« (Jürgen Habermas), forciert. Damit gewinnen die nicht staatlichen Voraussetzungen einer emanzipierten Lebensweise an Bedeutung.
- ❖ Evident ist schließlich *viertens*, dass die Diskurse bisher unzulänglich reflektieren, dass ökonomische Demokratisierungsschritte heute in einem transnationalen Mehrebenensystem wie der EU zu realisieren sind. Versuche, die gegenwärtige *New Economic Governance* demokratisch zu transformieren, stehen vor einer Herkulesaufgabe. Obwohl Trans-

nationalisierung und europäische Binnenmarktstrukturen den ökonomischen Regulierungsraum strukturieren, agieren Regierungspolitiken in nationalstaatlichen Räumen und konkurrieren die nationalen Regulierungs-, Produktivitäts- und Wohlfahrtsregime der Mitgliedstaaten miteinander; von unterschiedlichen Wirtschaftskulturen ganz zu schweigen. Was aus dieser Dialektik von Bedeutungsverlust und Behauptung nationalstaatlicher Politiken und Handlungsarenen für eine Demokratisierung ökonomischer Wertschöpfungsprozesse folgen sollte, ist bisher eine unbeantwortete Frage.

Neben der Verarbeitung historischer Erfahrungen gilt es, ordnungs- und steuerungstheoretische Diskussionsstände aufzuarbeiten. Mit Blick auf Eigentumsstrukturen und Allokationsmechanismen deutet dies darauf hin, dass eine ökosoziale Wirtschaftsdemokratie als ein neues Modell einer *Mixed Economy* konzipiert werden sollte. Die Basis bestünde aus einer Kombination aus privatem, staatlich/öffentlichem und genossenschaftlichem Eigentum, wobei die Potenziale der Entkoppelung von Eigentum und Verfügungsrechten in der *Share Economy* wissenschaftlich aufzuarbeiten wären. Das Problem der Ausbalancierung dezentraler Entscheidungen und gesellschaftlicher Regulation konkretisiert sich letztlich im Verhältnis zwischen Markt und Plan. Auch Wirtschaftsdemokratien haben nach einer optimalen Kombination zwischen den Effizienzpotenzialen des Marktes und den Demokratiepotezialen politischer Regulation zu suchen. Hier gilt es besonders, aus den Erfahrungen der gescheiterten staatsbürokratischen Planwirtschaften klug zu werden. Sie erstickten vielfach ökonomische Dynamiken durch eine zentralistisch-imperative Planstruktur. Diese Erfahrung spricht für die Nutzung marktlicher Verfahren, um die Befriedigung individueller Bedürfnisse flexibel und zeitnah zu ermöglichen; sie spricht aber auch dafür, Märkte in eine Rahmenplanung zu integrieren, über die sich die Wirtschaftsakteure immer wieder demokratisch kommunikativ verständigen müssen.

Hinzu kämen schließlich neue Akteurskonstellationen in einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung. Zum klassischen Ensemble aus Unternehmen, abhängig Arbeitenden, Konsument(inn)en und Staat treten

Akteure der Zivilgesellschaft hinzu. Wie im Shareholder-Kapitalismus Aktionärsinteressen nach der Steigerung des Unternehmenswertes durch Rechte und *Incentives* privilegiert werden, sollten im wirtschaftsdemokratischen Modell Beschäftigte und externe Akteure ermächtigt werden, die *Corporate Governance* nach sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten.

Die Strategie: Zwischen Bruch und Symbiose

Jedes Transformationsnarrativ bleibt ohne Hinweise auf eine adäquate Strategie und hinreichend mächtige Subjekte unvollständig. Inspirierend kann hier die von E. O. Wright entwickelte Theorie sozialer Transformationsstrategien wirken (Wright 2017). Wright fasst diese als kollektive soziale Praxen, die helfen, »Schritte in Richtung einer gesellschaftlichen Transformation zu unternehmen« (ebd., S. 413 f.). Dabei skizziert er drei Transformationslogiken, die »sich sowohl hinsichtlich ihrer Vision des Verlaufes systemischer Transformation als auch hinsichtlich der Vorstellungen von den Strategien, die notwendig sind, um eine solche Transformation herbeizuführen«, unterscheiden (ebd., S. 414). Die *Logik des Bruchs* setzt auf eine durch direkte Konfrontation und Kämpfe der Parteien und der organisierten Arbeiterklasse herbeizuführende Zäsur und die Schaffung gänzlich neuer Institutionen der gesellschaftlichen Ermächtigung. Die *Logik des Freiraums* fasst Transformation als Metamorphose, die vor allem auf den Aufbau von neuen Formen gesellschaftlicher Ermächtigung in den Nischen und an den Rändern der kapitalistischen Gesellschaft – und vor allem: außerhalb des Staates – setzt. Die *Logik der Symbiose* schließlich zielt auf eine hybride Strategie, die durch die Erweiterung und Vertiefung institutioneller Formen gesellschaftlicher Ermächtigung zugleich Interessen von Teilen der herrschenden Klasse aufnimmt und Systemprobleme des Kapitalismus zu beheben hilft.

Wright fasst die Überwindung der Kapitalismus nicht als revolutionären Bruch, sondern als »Untergrabung des Kapitalismus« (Wright 2017, S. 12), die mittels Freiraumstrategien Elemente des Neuen in der alten Gesellschaft fördert (ebd., S. 436 ff.). Ob diese strategische Präferenz der jeweiligen gesellschaftlichen Situation mit ihren Akteurs-, Interessen-

und Machtstrukturen angemessen ist, lässt sich kaum abstrakt, sondern nur historisch-konkret entscheiden; eine Arbeit, die in entsprechenden Strategiedebatten zu leisten ist.

Das Subjekt:

Konturen einer mosaiklinken Transformationsallianz

Auf jeden Fall dürfte die Transformation der kapitalistischen Basisstrukturen infolge institutioneller Rigiditäten (etwa aufgrund der Stabilität staatlich garantierter Eigentumsrechte) und ökonomischer Interessenkollisionen (zwischen Kapital, Arbeit und staatlichen Bürokratien) mit harten Machtkonflikten einhergehen. Daher bedarf es entsprechender Transformationsmacht. Zu Recht definiert E. O. Wright Wirtschaftsdemokratie als eine neue Machtstruktur,

»die über die Herstellung von Bedingungen entsteht, in denen die gesellschaftliche Macht, durch die aktive Beteiligung und Ermächtigung gewöhnlicher Menschen in der Zivilgesellschaft, eine mittelbare sowie unmittelbare Kontrolle der Wirtschaft praktiziert.« (ebd., S. 214 ff., hier S. 214)

Bisher haben Überlegungen dieser Art allerdings kaum Eingang in gewerkschaftliche Strategiedebatten gefunden. Das ist mehr als misslich, dürften die Organisationen der abhängigen Arbeit doch trotz ihrer Verluste an Machtressourcen, die sie im Übergang zum globalen Finanzmarktkapitalismus hinnehmen mussten, wichtige Akteure gesellschaftlicher Strukturreformen bleiben. Das gilt gerade für symbiotische Transformationsstrategien, die Interessenüberlappungen sondieren, um diese zur Basis politischer Reformkoalitionen zu machen. Historische Erfahrungen stehen kaum zur Verfügung. Der Krisenkorporatismus zwischen Arbeit, Kapital und Staat, der sich während der Krise des Finanzmarktkapitalismus der Jahre 2008 ff. im Kernbereich der industriellen Wertschöpfung herausbildete, dürfte kaum als Blaupause dienen können. Ein Transformationsprojekt, das an den Grundfesten kapitalistischer Verhältnisse rührt, ist kaum korporatismuskompatibel, schon weil die Interessenüberlappungen zwischen Gewerkschaften, Kapital und Staat in die-

ser Frage denkbar gering sind. Das setzt auch der Logik der Symbiose Grenzen. In Fragen der Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen und der Ausweitung der Arbeitsmacht auf Produktions- und Produktentscheidungen sind Kapital-Arbeit-Koalitionen unwahrscheinlich.

Doch auch im Rahmen einer klassenautonomen Gewerkschaftspolitik sind die Erfolgsaussichten für die Wirtschaftsdemokratie nicht rosig. Weder besitzt das Thema hohe Mobilisierungskraft an der Mitgliederbasis, noch haben die sozialen und ökologischen Folgeschäden des Kapitalismus bisher zu einer breiten Widerstandsbewegung geführt. Schlagkräftige transformative Allianzen setzen Bündnisse voraus, die über ein hinreichendes Maß an gemeinsamen Krisenperzeptionen, Interessenlagen und Strategiepräferenzen unter den Akteuren verfügen. Der Blick auf die Proteste gegen die EU-Krisenpolitik etwa lässt eher ein Bild fragmentierter Aktivitäten sichtbar werden, die stark in nationale Kontexte und mitunter gar in rechtspopulistische Bewegungen eingebunden bleiben.

Und doch kann auf weitere Versuche zum Aufbau transnationaler Transformationsallianzen nicht verzichtet werden. Wenn das Ensemble ökonomischer Akteure um Vertreter(innen) der Gesellschaft – etwa in Form von Kommunal- und Regionalräten – erweitert und der Transnationalisierung der Wertschöpfung Rechnung getragen werden soll, so muss dies auch Konsequenzen für das Subjekt der Veränderung haben. Um gesellschaftliche Kooperationen zu ermöglichen, müssten hier Strategien des Bruchs und der Symbiose ineinandergreifen. Dies gilt umso mehr, wenn die Transformation als ein sequenzieller Reformismus gedacht wird. Doch je heterogener die Allianz, desto höher die Anforderungen an die Kooperationskultur. Und je breiter das Akteursspektrum, umso wahrscheinlicher sind Interessenkollisionen. Unter diesen Bedingungen könnte eine reflexive Toleranz, die Interessenlagen anderer systematisch mitdenkt, zu einer Schlüsselressource werden.

Fazit und Ausblick

Die Transformation des Status quo in Richtung einer demokratisierten, postkapitalistischen Ökonomie bedarf eines Transformationsnarrativs, das Ideen über Ziele, Strategien und Subjekt der Veränderung integriert.

Ein solches Narrativ muss in einem kollektiven Diskurs- und Lernprozess erarbeitet werden. Dieser wird neben der Expertise aus einer kritischen Wissenschaft auf die Praxiserfahrungen der Transformationsakteure angewiesen sein.

Projekte dieser Art sind nicht ohne ein gerüttelt Maß an Unsicherheit und Zukunftsoffenheit zu haben. Irrtümer sind programmiert. Die Kultur eines »historischen Experimentalismus« (Honneth 2015, S. 106 ff.) könnte hilfreich sein. Sie träte nicht nur an die Stelle geschichtsphilosophischer Determinismen. Sie ermöglichte auch, Korrekturen strategisch relevanter Entscheidungen, die sich als nicht zielführend erwiesen haben, nicht als Belege des Scheiterns, sondern als Elemente des Lernprozesses zu fassen. Zweifelsohne müsste auch die Logik des Experimentierens dort ihre Grenzen finden, wo unzumutbare Folgekosten für Individuen, Gesellschaft und Natur riskiert werden. Aber das Bewusstsein von möglichen und wahrscheinlichen Irrtümern auf dem steinigen Weg aus dem Kapitalismus könnte vor Dogmatismus und falschen Avantgardeansprüchen schützen.

Doch nicht nur das. Eine Politik der Demokratisierung von Ökonomie und Gesellschaft entfaltet auch Anforderungen an die Binnenkultur der Allianzakteure. Das gilt für alle, auch für die Gewerkschaften. Denn »to be agent of democratization, unions must themselves sustain internal democracy« (Gumbrell-McCormick & Hyman 2018, S. 16). Die Selbstdefinition als Treiber einer demokratischen Transformation setzt somit die Wiederentdeckung der Demokratie als gewerkschaftliches Projekt voraus. Dabei ließe sich an Strategiedebatten vergangener Umbruchperioden anknüpfen. Der Anspruch, Gewerkschaftspolitik als umfassende Demokratiepoltik auszubuchstabieren, gehört zum Traditionsbestand der Gewerkschaften (Urban 2006). Es gilt, ihn neu zu entdecken.

LITERATUR

Abendroth, W. (2008 [1954]): Demokratie als Institution und Aufgabe, in: ders.: Gesammelte Schriften, Hannover, S. 407–416.

Braun, V. (2000): Die Verhältnisse zerbrechen. Dankrede anlässlich der Verleihung des Georg-Büchner-Preis 2000 durch die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung

Hans-Jürgen Urban

in Darmstadt [<https://www.deutscheakademie.de/de/auszeichnungen/georg-buechner-preis/volker-braun/dankrede>; 12. 12. 2018].

Bündnis #unteilbar (Hrsg.) (2018): Für eine offene und solidarische Gesellschaft, Berlin.

Dörre, K. (2019): Neosozialismus. oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: Dörre, K.; Schickert, C. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München.

Dörre, K.; Becker, K. (2018): Nach dem raschen Wachstum: Doppelkrise und große Transformation, in: Schröder, L.; Urban, H.-J. (Hrsg.): Gute Arbeit. Ökologie der Arbeit. Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Ausgabe 2018. Frankfurt am Main, S. 35–58.

Dörre, K.; Lessenich, S.; Rosa, H. (2015): *Sociology, Capitalism, Critique*, London/New York.

Geiselberger, H. (2017): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin.

Gramsci, A. (1991 ff.): Gefängnishefte. Gesamtausgabe in zehn Bänden, Hamburg.

Gumbrell-McCormick, R.; Hyman, R. (2018): Democracy in trade unions, democracy through trade unions?, in: *Economic and Industrial Democracy*, Vol. 40(1), S. 91–110.

Habermas, J. (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt am Main.

Hobsbawm, E. (1994): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien.

Honneth, A. (2015): Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung, Berlin.

Lutz, B. (1989): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt am Main.

Magdoff, H.; Magdoff, F. (2005): Approching Socialism, in: *Monthly Review*, 57(3) [<https://monthlyreview.org/2005/07/01/approaching-socialism/>; 08. 01. 2019].

Manow, P. (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin.

Mason, P. (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin.

Meine, H.; Schumann, M.; Urban, H.-J. (Hrsg.) (2010): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg.

Streeck, W. (2016): *How will Capitalism end? Essays on a Failing System*, London/New York.

Urban, H.-J. (2006): Gewerkschaftspolitik als Demokratiep Politik. Der Beitrag der Abendroth'schen Gewerkschaftskonzeption zu einer – leider (!) – nicht stattfindenden Debatte, in: Urban, H.-J.; Buckmiller, M.; Deppe, F. (Hrsg.): *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth*. Hamburg, S. 80–98.

Urban, H.-J. (2018a): Ausbruch aus dem Gefängnis der Economic Governance. Überlegungen zu einer Soziologie der Wirtschaftsdemokratie in transformativer Absicht, in: Berliner Journal für Soziologie, 28(1–2), S. 91–122.

Urban, H.-J. (2018b): Kampf um die Hegemonie. Die Gewerkschaften und die neue Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/108, S. 103–122.

Wright, E. O. (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.

Zwicky, P.; Wermuth, C. (2018): Die »wirtschaftsdemokratische Offensive« der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz – eine Praxisnotiz, in: Berliner Journal für Soziologie, 28(1–2), S. 263–273.